Stenographischer Bericht

8. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

I. Periode. — 29. März 1946.

Inhalt:

Personalien: Abwesenheitsanzeige der Abgeordneten Egger, Krainer, Laufenstein, Matzner, Operschall, Praßl, Resch, Dr. Speck und Stockbauer, Wahl eines Mitgliedes der Steiermärkischen Landesregierung an Stelle des verstorbenen Landesrates Bürgermeister a. D. Prof. Engelbert Rückl (67).

Auflage: Die selbständigen Anträge von Abgeordneten, Einl.-Zln. 16 und 17 (67).

Zuweisungen: Die selbständigen Anträge von Abgeordneten, Einl.-Zln. 16 und 17 (67).

Verhandlungen: 1. Wahl eines Landesrates (siehe Personalien). 2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 8, Gesetz über die Führung des Landeshaushaltes in der Zeit vom 1. April bis 31. Mai 1946 (Budgetprovisorium). — Berichterstatter Hofmann (68). Annahme des Antrages (68).

Anfrage: Wurm, Nr. 8, an den Landeshauptmann, betreffend die katastrophale Ernährungslage, Dringliche Behandlung (67), Begründung Wurm (68), Beantwortung Pirchegger (69).

Präsident Wallner eröffnet die Sitzung um 17 Uhr 30 Minuten.

Präsident: Hohes Haus! Ich eröffne die 8. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüße alle Abgeordneten, insbesondere auch den Vertreter der Britischen Militärregierung. Die Herren Abgeordneten Josef Egger, Josef Krainer, Hans Laufenstein, Fritz Matzner, Karl Operschall, Leopold Praßl, Georg Resch, Doktor Eduard Speck und Franz Stockbauer haben ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigt.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen:

1. Wahl eines Mitgliedes der Landesregierung an Stelle des verstorbenen Landesrates Bürgermeister a. D. Prof. Engelbert Rückl.

2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 8, Gesetz über die Führung des Landeshaushaltes in der Zeit vom 1. April bis 31. Mai 1946 (Budgetprovisorium).

Wird dagegen ein Einwand erhoben? (Pause.) Es ist dies nicht der Fall. Es wurde weiters eine dringliche Anfrage der Abg. Fritz Wurm, Maria Matzner, Viktor Komatz, Norbert Horvatek und Engelbert Hofmann an den Herrn Landeshauptmann eingebracht, betreffend die katastrophale Ernährungslage. Ich stelle die Frage, ob die Dringlichkeit im Sinne des § 58 der Geschäftsordnung gegeben erscheint und bitte die Abgeordneten, die

für die dringliche Behandlung der Anfrage stimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich konstatiere die Annahme.

Aufgelegt wurden die selbständigen Anträge von Abgeordneten, Einlaufzahl 16, betreffend Einebnung der Panzergräben und Verteidigungsanlagen im steirischen Kriegsgebiet, Einlaufzahl 17, betreffend die Bildung von Leitungsausschüssen bei den Sozialinstituten in Steiermark. Falls dagegen kein Einwand erhoben wird, werde ich nach § 29, Absatz 2, der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages diese Einlaufzahlen der Landesregierung zuweisen. Die Behandlung der dringlichen Anfrage werde ich, wenn dagegen kein Einwand erhoben wird, zum Schlusse der Tagesordnung vornehmen.

Ich schreite nun zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Wahl eines Mitgliedes der Landesregierung an Stelle des verstorbenen Landesrates Bürgermeister a. D. Prof. Engelbert Rückl.

Durch das Ableben des Landesrates Prof. Engelbert Rückl ist das auf Grund des Ergebnisses der Landtagswahl vom 25. November 1945 der Sozialistischen Partei Österreichs zugefallene Regierungsmandat frei geworden. Nach § 29, Absatz 5, der Landesverfassung hat der Landtag die Neuwahl sogleich vorzunehmen. Zur Erstattung eines Wahlvorschlages erteile ich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Machold das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Machold: Hohes Haus! Ich erlaube mir, an Stelle des durch den Tod ausgeschiedenen Landesrates Professor Engelbert Rückl den ehemaligen Landesrat Ludwig Oberzaucher in Vorschlag zu bringen.

Präsident: Ich schreite nunmehr zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich konstatiere einstimmige Annahme.

Ich bitte laut § 28, Abs. 7, der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages um die Erklärung, ob das gewählte Landesregierungsmitglied die Wahl annimmt.

Oberzaucher: Ich erkläre, die Wahl anzunehmen.

Präsident: Hiemit ist Herr Präsident Ludwig Oberzaucher als Landesrat in die Steiermärkische Landesregierung gewählt. Ich schreite nunmehr zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage 8, Gesetz über die Führung des Landeshaushaltes in der Zeit vom 1. April bis 31. Mai 1946 (Budgetprovisorium).

Zur Erstattung des mündlichen Berichtes erteile ich dem Berichterstatter, Herrn Abg. Hofmann das Wort.

Abg. Hofmann: Hohes Haus! Der Finanzausschuß des Steiermärkischen Landtages hat sich bei der letzten Sitzung mit dem Ihnen vorliegenden Entwurf eines zu beschließenden Gesetzes über die Führung des Landeshaushaltes für die Zeit vom 1. April bis 31. Mai 1946 befaßt. Das am 4. Jänner 1946 vom Landtag beschlossene Budgetprovisorium läuft ja mit 31. März ab. Es ist daher notwendig, vorzuzusorgen, daß für die weitere Zeit — bis endgültig ein Haushaltsplan erstellt werden kann — das Budgetprovisorium verlängert wird. Der neue Entwurf basiert überdies bezüglich der notwendigen Ausgaben auf dem bereits von zuständiger Stelle eingehend entworfenen Haushaltsplan 1946. Es war nicht möglich, in der zur Verfügung gestandenen Zeit das Budget für 1946 schon in Behandlung zu ziehen. Ein Überhasten hätte bestimmt zu übereilten Beschlüssen geführt oder führen können und wäre zweifellos unvereinbar, besonders in der heutigen Zeit, wo man mehr denn je Einnahmen und Ausgaben und das was man leisten will oder leisten muß, in den Rahmen bringen muß, einerseits mit den Notwendigkeiten, die unsere so schwer geprüfte Heimat sicher den Anspruch hat zu fordern und nicht zuletzt auch mit den Notwendigkeiten der Bewohner dieses Landes. Der Finanzausschuß und das Haus selbst werden sich in den kommenden Wochen eingehend mit dem neuen Haushaltsplan beschäftigen müssen. Bei der Fülle der zu bewältigenden Aufgaben wird das zweifellos keine leichte Aufgabe sein. Es ist daher eine Verlängerung des Budgetprovisoriums unbedingt eine Notwendigkeit. Ich verweise nur noch darauf, daß zum Unterschied von dem ersten Budgetprovisorium vom 4. Jänner neu in diesem Provisorium ist, daß nach § 2 bei Notständen, wie z. B. die bedauerliche Typhusepidemie im Hartberger Bezirk es war, die Landesregierung die Höchstmittel bei den Ausgaben überschreiten können wird. Es ist selbstverständlich, daß einzig und allein die Landesregierung befugt ist, einen solchen Notstand zu konstatieren und dann die notwendigen Maßnahmen und selbstverständlich auch die notwendigen Ausgaben festzulegen und zu genehmigen. Als Sprecher des Finanzausschusses bitte ich Sie, dem vom Finanzausschuß einstimmig genehmigten Budgetprovisorium Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich bringe daher den Antrag zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die diesem Antrage zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere einstimmige Annahme.

Ich bringe nunmehr die dringliche Anfrage der Abg. Fritz Wurm, Maria Matzner, Viktor Komatz, Norbert Horvatek und Engelbert Hofmann an den Herrn Landeshauptmann zur Behandlung. Zur Anfrage erteile ich dem Abg. Wurm das Wort.

Abg. Wurm: Meine Damen und Herren! Wir haben heute in Erfahrung gebracht, daß die Lebensmittelrationen ab Montag gewaltig gekürzt werden sollen. Diese Kürzung trifft besonders bei Brot zu. Es wird für Erwachsene in 14 Tagen 375 g Brot ausgegeben, das heißt der Arbeiter bekommt 7 Stück Semmeln und es ist unmöglich, wenn er acht Stunden arbeitet, daß er damit sein Auslangen finden kann. Das hieße nämlich, daß er, wenn er zur Arbeit geht, um acht Stunden zu arbeiten, nur eine halbe Semmel zu verzehren hätte. Wir erhalten keinen Zucker und können uns kein Frühstück machen. Es bleibt das Mehl überhaupt aus. In der West- und Obersteiermark haben die Bergarbeiter, obwohl die Kartoffel auf der Karte stehen, schon drei Wochen keine Kartoffel erhalten, nicht einmal Konserven konnten ausgefolgt werden, die man mit Kartoffeln hätte strecken können. Es ist dringend notwendig, daß man diese Rationskürzungen nicht in diesem Ausmaße durchführt, sondern versucht, zusätzliche Lebensmittel im Lande aufzubringen.

Ich erlaube mir daher, die dringliche Anfrage zur Verlesung zu bringen, die wir heute eingebracht haben:

„Wie uns aus Nachrichten bekannt wurde, soll morgen eine amtliche Verlautbarung über die Lebensmittelzuteilungen für die Zeit vom 1. bis 15. April 1946 in den Zeitungen erscheinen, die eine wesentliche Veränderung zu Ungunsten der zu Versorgenden aufweist. Insbesondere soll eine weitgehende Kürzung der Brotrationen erfolgen und eine Belieferung von Mehl überhaupt nicht stattfinden.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß für die gesamte arbeitende Bevölkerung, aber auch für die schulbesuchende Jugend Brot das wichtigste Nahrungsmittel ist, was zur Jause mitgegeben werden kann. Wenn die uns zugekommenen Nachrichten zutreffen, so werden die Arbeiter nur vielfach eine halbe Semmel pro Tag zum Verzehr haben. Was das für alle jene bedeutet, die während einer achtstündigen schweren Arbeit einmal eine ausgiebige Jause einnehmen müssen, ist ohne weiteres einzusehen. Aber auch die übrigen Lebensmittelzuweisungen, z. B. der völlige Mangel an Zucker, werden es auch den Hausfrauen kaum möglich machen, wenigstens einmal am Tage eine ausgiebige und sättigende Mahlzeit zu bereiten. Dies um so weniger, als in einzelnen Gebieten von Steiermark seit mehreren Wochen keine Kartoffel mehr zur Ausgabe gelangen.

Wir richten daher an den Herrn Landeshauptmann die dringliche Anfrage, ob er von allen diesen Umständen Kenntnis hat und bereit ist, alles in seinen Kräften stehende im Lande, bei der Bundesregierung und bei den alliierten Mächten zu unternehmen, das geeignet ist, diese furchtbare Situation zu meistern, damit in möglichst kürzester Frist wenigstens eine ausreichende Brotversorgung möglich wird und auch ein solcher Ausgleich in den übrigen Lebensmittelzuteilungen eintritt, der es den Hausfrauen ermöglicht, für ihre Familienangehörigen normale Mahlzeiten herstellen zu können.“

Landeshauptmann **Pirchegger**: Es war mir nicht bloß seit einigen Tagen sondern schon seit dem 17. Mai 1945 klar, in welche Situation wir kommen müssen, besonders in der Brotversorgung, wenn nicht von irgend welcher Seite besondere Hilfe zu erhoffen und zu erwarten ist. Als ich am 17. Mai 1945, um 6 Uhr abends, das erstemal dem Kommandeur der Roten Armee gegenübergetreten bin und er an mich die Frage gerichtet hat, in welcher Weise ich glaube, daß es möglich ist, die Bevölkerung, besonders in den Industrieorten und in den Städten, dauernd mit Brot zu versorgen, mußte ich ihm zur Antwort geben: „Ich bin seit dem Jahre 1938 zwar vollkommen aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet, aber soweit ich von früher her noch orientiert bin, weiß ich, daß in ganz Österreich, die Getreideböden günstig ausgenützt, nur 80 v. H. des Roggen- und 35 v. H. des Weizenbedarfs gedeckt werden können. Wenn uns jedoch das Burgenland, Niederösterreich und Oberösterreich, diese besten Getreideböden verwehrt und unzänglich sind, ist für uns in Steiermark höchstens eine 30%ige Selbstversorgung in Brotgetreide möglich. Weiter werden wir es infolge unserer klimatischen und Bodenverhältnisse nie bringen können. Ich habe damals schon gebeten, in Erkenntnis der Situation, in die wir vielleicht bis Weihnachten hineinschlittern könnten, daß man uns punkto Brotgetreideversorgung weitestgehend entgegenkommen möge. Dazu hatte ich damals im Mai und Juni noch berechtigte Hoffnung, daß die Getreideernte im Sommer doch beiläufig jenes Ergebnis liefert, für das man seinerzeit Berechnungen angestellt hat. Nun sind wir aber, Sie haben es ja alle miterleben können, im vorigen Sommer durch eine lange Trockenperiode hindurchgegangen. Ich selbst habe es als Bauer noch nie erlebt, daß eine Getreideernte, die dem Auge nach als sehr gut zu bezeichnen war, im Gewicht soweit versagen konnte. Ich war es seit Jahren gewöhnt, den Weizen mit einem Hektolitergewicht von rund 80 bis 84 kg zu ernten, den Roggen mit 72 bis 74 kg, die Gerste bis zu 67 kg und den Hafer bis zu 54 kg Hektolitergewicht. Als die Dreschmaschinen zu surren anfangen, zeigte es sich, wieweit wir uns getäuscht haben. Es hat sich ein Hektolitergewicht ergeben beim Weizen von höchstens 68, beim Roggen höchstens 60, bei der Gerste von 42 bis 48 und beim Hafer von 28 bis 32 kg pro Hektoliter. Da war mir vollkommen klar, welchem Trugschluß wir uns hinsichtlich unserer Versorgung hingegeben hatten. Nicht bloß das Hemmnis, daß uns weite Getreidefelder durch Pferde- und Rinderherden sehr stark in Mitleidenschaft gezogen wurden, sondern die Tatsache, daß die Notreife ein so niedriges Hektolitergewicht ergeben hat, war bestimmend, daß unsere Berechnungen in der Ernteschätzung ganz über den Haufen geworfen worden sind. Es ist eine ungute Tatsache, aber wir müssen und mußten mit dieser Tatsache rechnen. Daß daher der vermeintliche Ertrag in der Aufbringung weiter zurückbleiben mußte, liegt klar auf der Hand. Wenn solche Gewichts-

unterschiede tatsächlich feststellbar waren — und sie sind durch Probedrusch in verschiedenen Gebieten einwandfrei erwiesen und ich selbst habe mich auf meinem eigenen Hof davon zu meinem größten Leidwesen überzeugen müssen —, wenn solche Differenzen auftauchen, ist es klar, daß auch die erwartete Ablieferungsmenge nicht aufkommt. Ich will niemanden in Schutz nehmen, auch meine Berufsangehörigen nicht, wenn Fälle nachgewiesen werden sollten, daß da oder dort die Getreideaufbringung nicht geklappt hat. Ich gebe manchen Fehler zu, jawohl; ich kann auch im Einzelfalle sehr hart sein gegen Vergehungen, die sich auf diesem Gebiete nachweisen lassen, ich habe das wiederholt betont, aber ich muß auch feststellen, daß z. B. im mittleren Mürztal in ganz guten Bauernhäusern das Brotmehl mit Kartoffeln gestreckt werden muß. Ich habe in meiner nächsten Nachbarschaft Bäuerinnen feststellen können, die beim Brotbacken bis zu 30% Kartoffelmehl zusetzen. Sie wollten sich der aufgetragenen Lieferpflicht nicht entziehen, bringen aber ihre eigene Versorgung nicht mehr zusammen ohne Kartoffelmehlstreckung.

Wir kommen durch, ja! Aber wie! Ich könnte schon sehr dankbar sein, wenn man nicht fast jede Woche zwei- bis dreimal in der Presse in einer Art und Weise auf die Ablieferungsunwilligkeit der Bauern immer wieder loshämmern würde, die den Tatsachen absolut nicht entspricht. Ich will keinen Kampf daraus werden lassen, aber mir tut es weh, wenn man ehrliche und lieferwillige Bauern in einer Art und Weise behandelt, die sich niemand gerne bieten läßt.

Nun, welche Maßnahmen sind getroffen worden?

Ich bin in Kenntnis dieser Umstände, die jetzt auf uns einwirken, auf uns zuströmen und sich seit ungefähr zehn Tagen immer mehr zu einer drohenden Situation zugespitzt haben. Wir haben nichts unversucht gelassen, im Ernährungsamt, im Einvernehmen mit der Landwirtschaftskammer, in engster Verbindung mit dem englischen Wirtschaftsattaché alle Hebel in Bewegung zu setzen, daß wir die bestmögliche Sicherung für die weitere Brotversorgung zustandebringen. Wir haben seit rund zehn Tagen täglich Verkehr mit dem Ernährungsministerium. Als die Nachricht zu uns gekommen ist, daß ab 1. April die UNRRA die Zufuhr von Lebensmitteln übernehmen wird und daß sich die Militärverwaltungen ausschalten werden, haben wir trotzdem uns mit den britischen Offizieren weiter unterhalten und ich muß gestehen, daß ich bei diesen Herren weitestgehendes Entgegenkommen gefunden habe. Sie haben sich selbst nach Wien begeben, haben unseré Mandatare, meinen Freund **Hollersbacher** und den Herrn Präsidenten **Wallner**, die auch in dieser Frage in Wien beschäftigt waren, bestens unterstützt, um doch endlich klar sehen zu können, wie weit man uns entgegenkommen kann. Das Ergebnis war heute vor acht Tagen gar nicht schlecht. Wir sind heute vor acht Tagen in der Landhausgasse damit beschäftigt gewesen, mindestens für die

nächsten vierzehn Tage die Rationssätze so festzusetzen, daß jedermann sich verlassen konnte, auch weiterhin genügend Brot zu bekommen. Der Herr Major Etholm ist selbst auch nach Wien gefahren und gestern ist er mit der Nachricht zurückgekommen, daß unsere erstellten Rationssätze nicht eingehalten werden können. Das Brot ist nicht aufzubringen, dafür aber Mischkonserven zu einem Preis von 50 Groschen das Stück, in ziemlich ausgiebiger Anzahl, Hülsenfrüchte und so verschiedene Sonderzuteilungen. Aber beim Brot sehen wir in den nächsten 14 Tagen keine andere Möglichkeit. Wir sind bemüht, im Lande noch irgendwo etwas zusammenkratzen zu können. Wir sind da sehr eifrig dahinter, sehr eifrig! Unsere Kontrolloren fahren Tag um Tag hinaus, jede Mühle wird durchstöbert, wir kennen keine Rücksichten, und jeder Hof wird durchsucht. Ich habe schon seit Monaten in den einzelnen Bezirkskammern, wo ich die notwendigen Leute zur Verfügung hatte, mit den Arbeitervertretern zusammen die Hofbegehungen durchgeführt. Ich habe vor mehr als acht Tagen dem Landesfinanzreferenten bereits eine Rechnung in die Hand gedrückt für den ausgefallenen Verdienst der Arbeitervertreter bei den Hofbegehungen und den Aufbringungskommissionen. Es sind ganz nette Beträge angefallen. Wo wir dieses Geld aufbringen werden, weiß ich nicht, jedoch umsonst können die Konsumvertreter diese Arbeiten nicht leisten. Wir haben sie in einzelnen Bezirkskammern bereits auch eingeschaltet, in Milchleistungsausschüssen, Anbauplanungsausschüssen und wo wir überhaupt mit den Lebensmitteln irgend etwas zu tun haben. Wir haben gute Erfahrungen gemacht — o ja! — und ich habe bei der letzten Konferenz der Bezirkskammerobmänner darauf hingewiesen, daß jetzt das ganze Land gleichmäßig zu durchziehen ist und überall die Arbeitervertreter heranzuziehen sind, weil ich jetzt den Beweis in der Hand habe, daß die Zusammenarbeit wirklich möglich ist. Das bezieht sich auch auf die Milchaufbringung. Da habe ich heute in Knittelfeld feststellen können, daß die Aufbringungsart, wie man sie jetzt im Oberland durchführt, ganz schöne Erfolge erzielt und die Strafsanktionen zwar sehr selten, aber sehr wirksam zur Anwendung kommen. Soweit es an uns gelegen war bisher, von den Britischen Militärbehörden auf das kräftigste unterstützt, haben wir sicherlich nichts unterlassen, um dem Brotmangel zu begegnen. Aber wenn Sie bedenken, daß Steiermark, wie es tatsächlich seit dem Vorjahr der Fall ist, auf sich allein in der Brotfrucht angewiesen, nur höchstens im besten Fall 30 Prozent aufzubringen vermag, so können Sie ermessen, wie stark wir auf Zufuhr angewiesen sind. Zum Glück hat uns die Britische Militärregierung bisher helfen können, jedoch im allgemeinen Mangel — nicht bloß bei uns, sondern

auch anderwärts — sind die Zuschüsse der Britischen Militärregierung auch nicht mehr hinreichend. Es ist nicht so, wie manche Leute glauben, daß wir uns auf die UNRRA-Hilfe zu stark verlassen haben, nein! Ich meine, das dürften Sie mir zutrauen, ein alter Bauer verläßt sich nicht auf fremde Hilfe, er verläßt sich auf das, was er selber zu leisten imstande ist. Erst wenn die Eigenleistung versagt und nicht hinreicht, dann ist er gezwungen, um fremde Hilfe anzusuchen. In der Situation sind wir. Wir können ohne fremde Hilfe unmöglich durchkommen. Ich habe die Milchaufbringung über die Wintermonate sehr gefürchtet; diese Zeit haben wir glücklich überwunden, die Anlieferung steigt. Dafür ist aber sehr brenzlich die Brotfrage geworden. Und das ist das Bitterste für mich, weil ich wohl gut verstehen kann, was es heißt, einem Kind oder einem Arbeiter nicht das nötige Stück Brot in die Hand geben zu können. Man muß verdrießlich werden und könnte wirklich oft weinen, wenn man auf der anderen Seite sieht, mit welcher Tollwut förmlich, besonders die Jugend, den Vergnügungen nachjagt und immer wieder herantritt um Zuschüsse und Zubeßen zu diesem oder jenem Fest, um Wein und das und jenes. Es ist eine Auffassung vom heutigen Leben, von der heutigen grauen Wirklichkeit, die man nicht verstehen kann. Die Zeit ist hart, ganz sicher! Seit dem Tage, da ich hereingenötigt worden bin, dieses verantwortungsvolle Amt zu übernehmen, war mir klar, welcher Notzeit wir entgegengehen.

Ich habe nichts unversucht gelassen, diesen Notzeiten soweit als möglich vorzubeugen. Die Besatzungsbehörden haben uns bisher auf das beste zu unterstützen vermocht. Ich hoffe zuversichtlich, daß uns die Besatzungsbehörden schon aus dem Umstande heraus, weil sie jetzt Einblick gewinnen konnten, wie scharf wir selbst bei unseren Erzeugern zugreifen, weiterhelfen werden. Wir haben jetzt eine sehr schwere Klippe zu überwinden, aber überwinden werden wir sie am leichtesten, wenn wir alle einig zusammenstehen ohne hü und ho. Nur nicht aufgeregert werden! Im innigen Zusammenstehen, in der festen Absicht, dem andern zu helfen, wird es uns gelingen, diese schwere Klippe zu überstehen. (Händeklatschen, allgemeiner Beifall.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung wird auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

Ich habe noch zu verkünden, daß der Finanzausschuß am Dienstag, den 9. April 1946, um 9 Uhr vormittags, im Sitzungssaal der Landeshauptmannschaft, Burg, 1. Stock, mit der Beratung des Landesvoranschlages 1946 beginnt.

Ich erkläre hiemit die 8. Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung 18 Uhr.)